

Landkreis Miesbach – Mit Neufassung von Landschaftsschutzgebietsverordnungen droht weitgehendes Radl-Verbot im Landkreis

Im Landkreis Miesbach müssen die Verordnungen von sechs Landschaftsschutzgebieten neu erlassen werden. Die neuen Verordnungen sehen eine Beschränkung des Radfahrens auf Alm- und Forstwege mit einer Breite über 2,5 Meter vor. Ausgenommen davon wären lediglich eigens ausgewiesene Wege und spezielle Mountainbike-Trails, von denen es im Landkreis allerdings kaum welche gibt. Gegen diese Planungen haben sich der Deutsche Alpenverein (DAV) und die Deutsche Initiative Mountainbike e.V. (DIMB) in einer gemeinsamen Position ausgesprochen, die von zahlreichen Unterstützern aus Gastgewerbe und Tourismus sowie Wirtschaft und Industrie aus dem Landkreis mitgetragen wird.

DAV und DIMB engagieren sich seit Jahren erfolgreich für ein naturverträgliches und rücksichtsvolles Mountainbiken. Dabei tragen sie klar die Ziele des Naturschutzes mit und bringen sich aktiv in entsprechende Maßnahmen ein.

Die aktuell geplanten Einschränkungen des Radfahrens – die wohl vor allem Mountainbikende treffen würden– stoßen bei beiden Verbänden jedoch auf Kritik.

„Die naturschutzfachliche Begründung für die Maßnahmen fehlt komplett“, bemängelt Thomas Holz, Sprecher DIMB IG Bayrische Voralpen. „Die Breite der Wege ist für naturverträgliches Fahrradfahren unbedeutend. Die geplanten Verbote sind deshalb vollkommen unverhältnismäßig.“

Die Regelungen würden vor allem Menschen im Landkreis treffen, ohne eine wirksame Lenkungswirkung zu erzielen.

„Radfahren ist eine beliebte Freizeitbeschäftigung, die gesund ist und grundsätzlich naturverträglich ausgeübt wird. Das de-facto-Verbot dieser Freizeitaktivität im Landkreis steht im Gegensatz zu dem, was ein Landschaftsschutzgebiet leisten soll: nämlich auch der Erholung der Bevölkerung dienen“, so Nicolas Gareis vom Deutschen Alpenverein.

Trotz wiederholter Angebote zum Dialog und zur Mitarbeit wurden DIMB und DAV bisher nicht einbezogen. Beide Verbände betonen aber, dass sie weiterhin bereit sind, gemeinsam tragfähige und nachhaltige Maßnahmen zu entwickeln.